

Schiefersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiefersteiner Anzeiger) — (Schiefersteiner Nachrichten) — (Schiefersteiner Tagblatt)
(Schiefersteiner Neues Nachrichten) — (Niederwallner Zeitung)

Anzeigen
sollen die einspaltige Kolonelle
oder deren Raum 16 Bsp.
für auswärts Besteller 20 Bsp.
Restanten 60 Bsp.

Bezugspreis
monatlich 80 Bsp., mit Bringer-
lohn 85 Bsp. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2.55 Mk.
auschl. Bestellgeld.

Fernruf Nr. 164.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erscheint: Dienstag,
Donnerstag, Samstag

Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schieferstein.

Verantwortlicher Schriftleiter
Wilh. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164

Nr. 118.

Samstag, den 5. Oktober 1918.

26. Jahrgang

Abdankung des Königs von Bulgarien.

Sofia, 4. Oktbr. (W. B.) König Ferdinand hat gestern zu Gunsten des Kronprinzen Boris abgedankt. König Boris trat die Regierung an.

Nach den letzten Vorgängen in Bulgarien war bestehende Meinung zu erwarten; sie überrascht also nicht. König Ferdinand hat zu Gunsten seines Sohnes Boris abgedankt und dieser hat bereits die Regierung angetreten. Ist König Ferdinand das Opfer, welches die Entente von Bulgarien verlangte oder hat König Ferdinand als Mann von Charakter den Schritt der Abdankung aus eigenem Antrieb unternommen? Wir wollen vorläufig letzteres zu Gunsten unseres früheren Verbündeten annehmen. Eine spätere Zeit wird Aufklärung über die Vorgänge in Bulgarien bringen. Vorläufig hat die Entente auf dem Balkan einen „neuen Sieg“ zu registrieren!

Zar Ferdinand I. ist am 26. Februar 1861 in Wien als Sohn des Prinzen August von Sachsen-Coburg-Gotha geboren. Am 7. Juli 1887 wählte die bulgarische Nationalversammlung den Prinzen Ferdinand zum Fürsten. Am 8. Oktober 1899 proklamierte der Fürst Bulgarien zum Königreich und sich selbst zum König.

Die Friedensbedingungen.

Berlin, 4. Okt. Der Transocean-Gesellschaft geht aus Sofia unterm 2. Oktober folgende Meldung zu: Bulgariens Waffenstillstand ist heute unterzeichnet worden. Die offizielle Veröffentlichung dieses Schrittes und der Bedingungen erfolgt am 4. Oktober in der Sdranje. Nach der Friedensbedingungen verläuft folgendes: 1. Demobilisierung des bulgarischen Heeres bis auf eine, nach anderen Mitteilungen zwei Divisionen. Die westliche des Meridan von Skopje befindlichen bulgarischen Truppen werden in Kriegsgefangenschaft überführt. 2. Abkündigung aller seit 1915 besetzten fremden Gebiete, doch schließt Bulgarien vorausichtlich die Dobrudscha bis Kabanin. Die mazedonische Frage bleibt offen bis zu dem allgemeinen Friedenskongress. 3. Abzug aller Deutschen und Österreicher binnen vier Wochen. 4. Die Unverletzlichkeit Albaniens wird garantiert, ebenso seine Souveränität.

Ein Friedensschritt Hollands.

Wien, 4. Okt. Wie verlautet, bezieht sich die Stelle der Rede des Ministerpräsidenten Dr. Bekerle vor dem Budapest-Börsemarkt, die von einem von der Monarchie eingeleiteten Friedensschritt spricht, darauf, daß die Monarchie Holland um eine Anregung ersucht habe. Es handelte sich nicht nur um die Bitte Österreich-Ungarns, daß der Haag der Ort der Zusammenkunft der Delegierten der kriegsführenden Mächte sei, sondern um das ausdrückliche Ersuchen der Monarchie, Holland möge die Kriegsführenden zu Verhandlungen einladen. Holland hat diese Einladungen bereits verhandelt.

Die Trümpfe noch im Spiel.

Oberst Egli schreibt zur Kriegslage in den „Basler Nachrichten“. Aus manchen Anzeichen läßt sich erkennen, daß die deutsche oberste Heeresleitung noch lange nicht ihre Trümpfe ausgespielt hat. Die ganze Kampfesweise macht den Eindruck des Hinhaltens und des Bestrebens, die feindlichen Streikräfte festzuhalten und unter möglichst geringem Einsatz eigener Kräfte aufzubringen. Nach dem, was ich an der Westfront gesehen habe, läßt sich erwarten, daß der deutsche Soldat wie bisher seine Pflicht auch gegen eine Uebermacht tun wird.

Zum Schutze der Meerengen.

Berlin, 4. Okt. (W. B.) Das russische Großkampfschiff „Wolga“ und eine Anzahl im Laufe des Krieges fertiggestellter Einheiten, die bisher unter deutscher Aufsicht standen, sind von uns befreit worden. Die verbündeten Streitkräfte im Schwarzen Meere erhalten dadurch zum Schutze der Meerengen eine recht erhebliche Verstärkung. Der Schritt fand im Einverständnis mit der Regierung in Moskau statt. (Das Dampfschiff „Wolga“, früher „Imperator Alexander III.“ ist ein 1914 vom Stapel gelaufenes, im Frühjahr 1916 fertiggestelltes Schlachtschiff von 23400 Tonnen. D. Schriffl.)

Die japanische Intervention in Sibirien.

Moskau, 2. Oktbr. (W. B.) „Drenburgski Krai“ veröffentlicht folgende amtliche Erklärung des japanischen Premierministers über die Einmischung in Rußland:

Sibirien ist in Wirren verwickelt, und wir haben beschlossen, es zu retten. Unsere Truppen kommen nach Sibirien zwecks gemeinschaftlicher Arbeit mit den Verbündeten. Sie kämpfen mit ihnen und den Tschechen zusammen zur Wiederherstellung der Ordnung. In dem gegenwärtigen Krieg hat Japan eine bedeutende Mission im Osten. Zuerst müssen wir Sibirien, dann Rußland retten. Eine Einmischung in russische Angelegenheiten ist nicht beabsichtigt. Das Oberkommando über die sibirische Armee wurde Japan übertragen. Das Reich fühlt die Bedeutung dieser Tatsache. Ich erkläre in meinem Namen, daß die gegenwärtige Expedition keinerlei Eroberungsziele verfolgt. Wir müssen den Russen unsere Herzlichkeit zu fühlen geben, das Ansehen unseres Reiches im Osten heben und unsere Sache im Namen der Prinzipien des Kosmopolitismus vollkommen durchführen.

Rücktritt Maimow's?

Berlin, 4. Oktbr. Es verlautet nach dem „Volkswagen“, daß der bisherige bulgarische Ministerpräsident Maimow zurückgetreten sei. Auch diese neuesten Nachrichten klären die Verhältnisse in Bulgarien noch nicht völlig. Vom deutschen Standpunkt aus betrachtet hat sich aber die Lage nicht gebessert. Die bulgarische Presse scheint einmütig mit dem geschlossenen Waffenstillstand einverstanden zu sein. Sie hebt hervor, daß es ein unvermeidlicher Schritt gewesen sei, und daß die Vorwürfe der Bündnisuntreue unberechtigt seien. Das Vorgehen sei eine Folge der Unterschätzung der militärischen Bedeutung der Solonikfront.

Die Angst vor dem Winter.

Die „Kohlen-Offensive“ der Gegner.

Die Gegner sind mit ihrer moralischen Kraft am Rande: das Volk hält den Krieg nicht mehr länger ohne weittragenden Schaden aus, und darum soll jetzt mit aller Gewalt eine Entscheidung herbeigeführt werden. Man rechnet fest damit, daß es möglich sein werde, den Krieg zu beenden. Ende November sollte in England zum ersten Male nach dem neuen Wahlrecht gewählt werden. Nach einem Londoner Telegramm schreibt „Evening Standard“, daß in naher Zukunft kaum Parlamentswahlen abgehalten werden dürften. Die Wahlen würden hinausgeschoben, weil man mit der Möglichkeit rechnet, daß bald allgemeine Friedensverhandlungen eingeleitet würden.

Man hat alles darangesetzt. Zwar hat die englische Regierung in den letzten Monaten die Lage in England düsterer dargestellt, als sie in Wirklichkeit war, insbesondere was die militärischen Reserven anging; man wollte uns in falsche Sicherheit einwiegen, um unsere Heerführer mit der jetzigen Kohlen-Offensive besser überraschen zu können. Aber aus dem, was man dabei bekanntgegeben hat, beanspruchen doch die Tatsachen den Charakter vollständiger Belege. Und diese sind besonders auch in Bezug auf die Kohlenförderung von bedenklicher Wirkung.

Die Kohlenproduktion Englands hat von 1913 bis 1917 von 287,4 auf 248,5 Millionen Tons abgenommen und ist im ersten Halbjahre 1918 weiter um 13,5 Millionen Tons gegen die entsprechende Vorjahreszeit gefallen, so daß in diesem Jahre mit einem Gesamtanfall in der Förderung von etwa 30 Millionen Tons zu rechnen ist. Diesem erheblichen Rückgang der Produktion steht natürlich eine äußerst starke Steigerung des Verbrauchs an Brennstoffen infolge der überaus hohen Anforderungen der Kriegswirtschaft gegenüber. Daher bleiben für die Ausfuhr nur etwa 16 Millionen Tons übrig, während 1917 noch 37,8 Millionen Tons an Brennstoffen, vor allem an die Alliierten, ausgeführt wurden.

Siegen oder frieren.

Das war die Wahl. Nach dem Londoner Weltblatt „Times“ liegt das Dilemma einfach so: genügend Kohlen in England bedeuten weniger amerikanische Truppen in Europa, und damit die Wahrscheinlichkeit, nahezu die Sicherheit, daß der Sieg nicht erreicht wird. Darum denkbarste Rücksicht auf die Kohlenförderung. Bereits 11 000 Grubenarbeiter sind wieder aus dem Heeresdienst entlassen worden, und die Entlassung weiterer 13 000 steht in Kürze bevor. Aber es scheint sich bei dem Produktionsrückgang gar nicht in erster Linie um den Arbeitermangel, als vielmehr um die verminderte Arbeitsleistung zu handeln. Denn die Arbeiterzahl in den Kohlengruben betrug 1917: 1 021 000 gegen 998 000 im Jahre 1916, dagegen wies die Förderungsleistung des einzelnen Arbeiters einen beträchtlichen Rückgang auf.

Also bleibt's beim Frieren, da man doch siegen will. Englands Bevölkerung soll daher ihren Bedarf um etwa ein Viertel einschränken, und für eine vierzimmerige Wohnung wird beispielsweise nur eine Menge von knapp 5 Zentnern für den Monat gewährt, wobei noch für den Verbrauch an elektrischem Licht Abzüge gemacht werden. Es ist daher nicht zu viel gesagt, wenn das manchmal recht offenkundige „Daily Chronicle“ meint: „Kommt ein harter Winter, so wird das Volk schwer zu leiden haben. Auch die Waffenindustrie dürfte einen Rückgang erfahren.“

Und nun erst Frankreich und Italien!

Weiter führt dann aber das Blatt aus, daß der Mangel an Heizung und Beleuchtung in der englischen Bevölkerung nichts bedeuten werde im Vergleich zu dem Elend, das die Völker Frankreichs und Italiens erwartet. Denn in Frankreich erreichte schon im vergangenen Jahr die Kohlenration nur ein Zehntel, der englischen, und inzwischen haben sich die Schwierigkeiten des Landes infolge der Fortführung weiterer Kohlengruben infolge unserer Frühjahrsoffensive und der wachsenden und gewiß nicht mit irgendwelchen Rücksichten auftretenden Ansprüche des amerikanischen Heeres in Frankreich ins Ungemessene gesteigert.

Den ganzen Ernst der Lage Italiens läßt die Tatsache erkennen, daß schon im Sommer ein Teil — man spricht von sechs Zehntel — seiner Munitionsfabriken infolge Kohlenmangels dem Betrieb entfallen mußte. Die Wälder sind abgeholzt, die Olivenbäume, eine Quelle des Nationalwohlstandes, geopfert worden; Eisenbahnverkehr und Gasverbrauch sind aufs äußerste beschränkt. Amerika vermag seit seinem Kriegseintritt keine Kohle mehr an Italien zu liefern, und der Transport aus England vollzieht sich heute infolge des U-Bootkrieges ungefähr zur Hälfte auf dem Landwege über Frankreich, dessen mangelhafte Transportwege mancherlei Störungen in der Zufuhr veranlassen.

Natürlich wird Wilson seine lieben Verbündeten im kommenden Winter ruhig frieren lassen, wenn's nur auf ihn ankommt. Die Frage ist nur, ob die Völker der feindlichen Staaten sich das dauernd so geduldig gefallen lassen werden.

Tschechische Provokation.

Ungehörte Vorgänge in Österreich.

Die Tschechen in Österreich, die die Erfolge der feindlichen Offensive als ihre Erfolge ansehen und sich darüber freuen, scheinen die Vorgänge an der Westfront gewaltig zu überschätzen; denn sie glauben sich bereits durch die feindlichen Mächte geschickt und gefallen sich daraufhin in Wutausbrüchen gegen das Deutschland, die geradezu erschreckend sind. Am Mittwoch hat das österreichische Abgeordnetenhaus Stürmungen erlebt, die an die tollsten Tage vor 20 Jahren, an die Zeit der faulen Eier und der Pulverkegelprägeleien erinnern: Als der Ministerpräsident die Bundesstreue Österreichs betonte, ging der Sturm bei den Tschechen los. „Das ist das Unglück Österreichs“, rief der tschechische Abgeordnete Kalina, „das von Deutschland, das vom Kaiser Wilhelm, Schuster an Schulter kämpfen, das ist das größte Unglück Österreichs“. Beschimpfungen des Deutschen Kaisers folgten. Die Zwischenrufe der Tschechen, welche weniger erbittert als höhnisch klangen, dauerten während der ganzen Rede des Ministerpräsidenten an.

Die deutschen Abgeordneten verhielten sich fast die ganze Zeit ruhig und enthielten sich auch jeder Beifalls-Äußerung. Als der Ministerpräsident im weiteren Verlauf betonte, die Monarchie werde mit Deutschland Hand in Hand am Werke des Friedens arbeiten, schrie der tschechische Abgeordnete Dr. Stranek: „Das glaubt ja niemand, die halten nie Wort!“ Der tschechische sozialistische Abgeordnete Soukup, der sich wie toll gebärdete, schrie: „Deutschland will sich frei machen, Deutschland hat ganz Europa ausgeraubt.“ Der tschechische Sozialist Liska schrie: „Ihr seid lauter Komödianten und Räuber. Unser Lösungswort ist los von Deutschland.“ Der tschechische Abgeordnete Ka-

una rief: „Wie sind Knechte der Hohenzollern, Bertner Knechte sind sie, sie haben ja keine Verbündeten mehr, nicht einmal die Türken.“

Abg. Langenhan antwortete: „Hoch unser treuer deutscher Bundesgenosse!“ Zahlreiche Zwischenrufe der deutschen Abgeordneten folgten: „Hoch das Bündnis!“

Die deutsch-böhmische Korrespondenz meldet: „Die Rede des Abg. Stanek rief in deutschen Abgeordnetenkreisen große Erregung hervor. Eine Abordnung begab sich zum Ministerpräsidenten, der während der Rede Staneks bei einer Konferenz im Auswärtigen Amte weilte, um von ihm die schärfste Zurückweisung der Ausfälle des Abgeordneten Stanek zu verlangen. Die Erregung kam auch darin zum Ausdruck, daß der Leitungsausschuß des Verbandes der deutsch-nationalen Parteien seinen Obmann ermächtigte, mit den Christlich-Sozialen, den deutschen Sozialdemokraten und den Wiener Freiheitlichen Fühlung zu nehmen, um ein gemeinsames Vorgehen sämtlicher deutschen Abgeordneten zu ermöglichen.“

Kriegsbegeisterung in Amerika.

Desertionen der Samies.

Die Stockholmer Zeitung „Aftonbladet“ vom 10. September 1918 stellt Nachrichten über Desertionen in der amerikanischen Armee zusammen, aus denen zu erkennen ist, daß den Amerikanern die „Freiheit“ höher als der Krieg steht:

„Ungefähr einhundert Mann in Camp Logan, Texas, desertierten am 15. d. M. aus dem Lager, nachdem sie erfahren hatten, daß sie zu anderen Abteilungen in demselben Lager hinübergeführt werden sollten. Die meisten gehörten dem alten berühmten „Fighting-Seventh“-Regiment in Chicago an.“ („Nord-Herman“ 19. April.)

„Dreihundert kanadische Soldaten beurlaubten sich vor etwa einer Woche selbst aus dem Übungslager in Brookville (New York). Fünfzehn der Deserteure wurden vorige Woche eingefangen. Als Grund des Desertierens wird angegeben, daß sie im Lager schlecht behandelt worden seien.“ („Svensk Kurieren“ 27. Juni.)

„William Linard, ein Farmer, der zum Kriegsdienst eingezogen worden ist, wurde vorige Woche von dem Kriegsgericht in Fort Sill, Okla., zu dreißig Jahren Strafarbeit in Fort Leavenworth, Kansas, verurteilt, weil er sich geweigert hatte, seiner Wehrpflicht zu genügen. Er war nicht dazu zu bewegen, vor den Vorgesetzten die Ehrenbezeugung zu machen, wollte die Uniform nicht anziehen, und bediente sich der ersten besten Gelegenheit, um zu desertieren. Er wurde jedoch eingefangen und vor das Kriegsgericht gestellt.“ („Svensk Kurieren“.)

„Der Sergeant Claude E. Mason vom 132. Infanterie-Regiment, das in Camp Logan, Houston, liegt, und der Soldat Roland Bye von demselben Regiment wurden vor kurzem zu fünfzehn Jahren Strafarbeit in Fort Leavenworth, Kansas, und zur schimpflichen Entlassung aus der Armee verurteilt. Die Anklage lautete darauf, daß sie nach Uebereinkunft mit Revolvern aufeinander geschossen hätten, um sich so zu verlegen, daß sie zum Kriegsdienst untauglich und darum entlassen werden würden.“ („Svensk Amerikaner“.)

„Von dem Kriegsgericht in San Antonio, Texas, wurden am 10. d. M. 45 Männer, die der Menotti-Sekte angehörten, zu lebenslänglicher Strafarbeit verurteilt, weil sie sich geweigert hatten, die Uniform der Armee anzuziehen. Die Männer waren zum Kriegsdienst eingezogen worden, hatten sich aber wegen Gewissensbedenken geweigert, Waffen zu tragen. Der Brigadegeneral J. P. O'Reil setzte die Strafe auf 25 Jahre Gefängnis für jeden Verurteilten herunter.“ („Svensk Amerikaner“ vom 27. Juni.)

„Aftonbladet“ fügt hinzu: „Sicher ist an mehreren Stellen der Zwangsrekrutierung zum Kriegsdienst aktiver Widerstand entgegengekehrt worden. Es wird sich auch schwerlich machen lassen, unter Amerikas

26 Nationen eine einheitliche Begeisterung für Wilsons Krieg in Europa zu schaffen.“

Der leitende Gedanke

in unserer Volksfamilie muß das Zusammengehörigkeitsbewußtsein bleiben. Nie hätte Kapitän Herger mit seinem Schiff „Wolf“ 1 1/2 Jahre so hohe Aufgaben vollbracht ohne festes Zusammenhalten von Führer und Matrosen. Wie wir in einem Reich leben, so sollte unser Streben sein, wirklich ein Reich zu bilden, zum Beweise der Einigkeit in Tat und Gesinnung.



Allgemeine Kriegsnachrichten.

Unser System an der Westfront.

Der Feind hat das große Ziel, durch einen Durchbruch unserer Front in der Champagne unsere Nachschubstränge aus der Heimat zu zerschneiden und gleichzeitig durch einen Durchbruch bei Cambrai die deutsche Front in Belgien und Nordfrankreich zusammenzubrechen und abzufangen.

Der Durchbruch kann nur gelingen, wenn er in einem großen Zuge das Stellungssystem durchstößt. Tut er dies nicht, bleibt er, wie es geschehen, trotz örtlicher Erfolge in unserem Stellungssystem stecken, so liegt letzten Endes die Abwehr. Unser Verfahren gegenüber dem an Menschen und Material so überlegenen Feinde ist ganz richtig.

Man darf sich infolgedessen auch nicht darüber Gedanken machen, wenn an ruhigeren Frontstücken taktisch ungünstige, vorspringende Stellungsteile aufgegeben werden und unsere Kampffront auf diese Weise verflüchtigt wird. Dies Verfahren gehört nun einmal zu unserer ganzen Abwehrtaktik hinzu und trägt eben darin seine Früchte, daß stets gerade, kurze Fronten dem Feinde gegenüberstehen, an denen er wenig geeignete Angriffspunkte findet. Das Bestreben unserer Führung, die Vogenbildung an Einbruchstellen baldigst durch Geradespannung der zwischen solchen Einbruchstellen liegenden Frontstücke auszugleichen, ist also durchaus berechtigt und kann um so ruhiger hingenommen werden, als unser viele Kilometer tief ausgebautes Abwehrsystem im Westen und dies gestattet. Wir stehen noch weit in Feindesland, wenn wir auch in der Abwehr einigen Boden preisgegeben haben.

Die wirtschaftliche Eroberung Frankreichs durch Amerika.

„Mercury“ (Paris) schreibt im Septemberheft: „Der amerikanische General Altherburg, der an der Direktion der von Amerika in Frankreich gebauten Kriegsbahnen beteiligt ist, macht über die wirtschaftliche Tätigkeit der Amerikaner in Frankreich die folgenden Angaben: Die Länge der von den Amerikanern in Frankreich im Jahre 1918 gebauten Bahnen beträgt 1400 Kilometer. 1500 Lokomotiven sind für diesen Dienst in Auftrag gegeben, 253 sind bereits tatsächlich in Frankreich. 20 000 Wagen werden zurzeit in Amerika für die französischen Linien hergestellt, 91 721 Tonnen Stahl sind bereits beziehungsweise werden von Amerika nach Frankreich gesandt. Die Amerikaner begnügen sich nicht, Eisenbahnen zu bauen, Häfen zu verbessern, Wasserleitungen zu konstruieren, zerstörte Städte wieder aufzubauen, und in zahlreichen Gegenständen die besten Zentren gewerblicher Tätigkeit zu schaffen, sie organisieren und entwickeln überall in Frankreich, wo sie es für nötig halten, metallurgische Kriegsindustrien.“

Das Kriegsministerium teilt soeben mit, daß Pläne für riesige Geschäftsfabriken, von der Größe der Krupp'schen Werke fertiggestellt sind. Es sind 12 Millionen Franken für diese Fabriken bereitgestellt. Alle diese Unternehmungen sind erst der Anfang der amerikanischen wirtschaftlichen Durchdringung Frankreichs!

Die neue Wehrheitsregierung.

Die Entscheidung über die neue Wehrheitsregierung ist gefallen. Prinz Max von Baden hat das Reichskanzleramt übernommen, und der Reichsrat des Reichstages hat beschlossen, seine Erklärungen über die zukünftige Politik am Sonnabend, den 5. Oktober entgegenzunehmen, worauf dann eine Sitzung bis zum nächsten Montag eintritt.

Der engere Ausschuss.

Die Ausbildung des neuen Kabinetts ist so beschaffen, daß der neue Kanzler unmittelbar von Vertretern aus den drei Wehrheitsparteien umgeben wird. Zu diesem Zwecke werden neben dem Reichskanzleramt zwei neue Staatssekretäre ohne Portfeuille (d. h. ohne besonderes Amt) bei der Reichskanzlei eingerichtet. Zentrum, Sozialdemokraten und Fortschrittler stellen für diese drei Ämter je einen ihrer namhaftesten Führer, wobei es nacheinander Herr v. Bahr den Posten als Vizenzkanzler bekleidet wie er ihn bisher innegehabt hat. Das Zentrum entsendet den Abg. Trimborn, die Sozialdemokraten den Abg. Scheidemann.

Neben diesem engeren Ausschuss wirken die übrigen Reichsämter mit Staatssekretären an der Spitze. Es stehen dabei neben den bisherigen Reichsministern noch zwei neue, zunächst ein Reichspressesekretär, der dem Abg. Erzberger übertragen wird, und dann das Reichswirtschaftsamt, an dessen Spitze der Reichstrumsgesandte Mayer-Kaufbeuren tritt. Die Sozialdemokraten entsenden noch Staatssekretäre in das Reichsarbeitsamt und in das Reichsamt des Innern. Genannt werden die Abg. Bauer und Ebert.

Zwei Staatssekretariate sollen durch Berufsbeamte besetzt werden, nämlich das Auswärtige Amt und das Reichsschatzamt. Der Gedanke der parlamentarischen Unterstaatssekretäre ist fallen gelassen.

Von grundsätzlicher Bedeutung ist, daß die neue Regierung kollegialisch gedacht ist, d. h. daß sie korporativ zur Beschlussfassung zusammentritt. Damit würde die Ueberordnung des Reichskanzlers über die Staatssekretäre eine sachliche Einschränkung erfahren.

Die Beteiligung der Nationalliberalen.

Die Frage, ob die im Amte befindlichen Nationalliberalen Parlamentarier auscheiden oder nicht hängt davon ab, wie sie sich zu dem ihnen vorgelegten neuen Regierungsprogramm stellen werden. Betrachtet man dabei vor allem den Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums Dr. Friedberg und der Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. Krause.

Die Parlamentarisierung in Preußen.

Schon gestern wurde mitgeteilt, daß auch sämtliche preussische Staatsminister ihr Amt dem König angeboten haben. Es verlautet, daß bei der Rekrutierung Sozialdemokraten, Zentrum und Fortschrittspartei je einen Minister stellen werden.

Das „Reichspressesamt“.

Das neue Reichspressesamt soll einmal ein Propagandaministerium werden, dessen Fehlen in Hinblick auf die Propaganda der Ententemächte bei uns je länger je mehr fühlbar gemacht hat. Es soll aber zweitens auch die jetzt bei den einzelnen Reichsämtern bestehenden Presseabteilungen verschwinden machen und eine straffe Zentralisierung des Pressewesens der Regierung bedeuten.

Bei Verkäufen und Versteigerungen aus Beständen der Seeres- und Marineverwaltung, die für Kriegszwecke nicht mehr gebraucht werden, kann die Zahlung an Geldes Statt durch Eingabe von Kriegsanleihe geleistet werden. Diese Vorschrift erstreckt sich auf alles, was zur Abgabe an die Bevölkerung frei wird, also insbesondere auf Pferde, Fahrzeuge und Geschirre; Feldbahngerät, Motorlokomotiven und Kraftfahrzeuge nebst Zubehör; Futtermittel und sonstige Vorräte; landwirtschaftliche Maschinen und Geräte sowie Werkzeug; Fabrikeinrichtungen mit den zugehörigen Maschinen und Geräten; Eisen, Stahl und andere Metalle; Holz und sonstiges Baumaterial; Webstoffe und Rohstoffe aller Art.

Käufer, welche die Bezahlung in Kriegsanleihe leisten, werden bei sonst gleichen Geboten bevorzugt. Die Kriegsanleihe wird zum vollen Nennbetrage anzurechnen und bis zur Höhe des Kauf- oder Zuschlagpreises in Zahlung genommen. — Als Kriegsanleihe in diesem Sinne gelten sämtliche 5%igen Schuldverschreibungen des Reichs ohne Unterschied sowie die seit der 6. Anleihe ausgegebenen 4 1/2 % igen auslosbaren Schatzanweisungen.

Also: Nur die Kriegsanleihe, nicht der Besitz baren Geldes, bietet Sicherheit dafür, daß der Landwirt und der Gewerbetreibende das, was er braucht, aus dem freiverdenden Kriegsgerät erwerben kann.

zufahren. Aus der bisherigen Uneinigkeit, so wird erklärt, haben sich schwere Mängel ergeben. So sei es vorgekommen, daß von einzelnen Aemtern ganz verschiedene, in ihrem Inhalt völlig entgegengesetzte Verlautbarungen erfolgten, und von einzelnen Presseabteilungen, namentlich denen des Kriegsministeriums und des Reichsmarineamtes, sei sogar Politik auf eigene Faust gemacht worden. Solchen Dingen werde das neue Reichspresseamt jetzt mit Erfolg begegnen können.

Das neue Amt wird in erster Linie als Kriegsnöthwendigkeit angesehen. Das schließt aber nicht aus, daß es in die Friedenszeit übernommen und dann den gemachten Erfahrungen entsprechend ausgebaut wird.

Staatssekretär des Reichspresseamts soll der Abgeordnete Erzberger werden. Die Sozialdemokratie und Fortschrittler sollen Unterstaatssekretäre entsenden. Ueber die Persönlichkeiten der beiden Unterstaatssekretäre ist Endgültiges noch nicht bestimmt; wie es heißt, kommt bei den Fortschrittler der Abgeordnete Haas in Betracht. Auch anerkannte Berufsjournalisten sollen berufen werden, wenn auch nicht als Unterstaatssekretäre, so doch in gehobenen Stellungen. Mit Personfragen soll das Reichspresseamt nichts zu tun haben.

Weitere Ernennungen.

Berlin, 4. Okt. (W. B.) Die Reichslagsabgeordneten Gröber, Scheidemann und Erzberger sind zu Staatssekretären ohne Portfeuille ernannt worden. Auch die angekündigte Ernennung des Reichslagsabgeordneten Bauer zum Staatssekretär des neu zu errichtenden Reichsarchivsamt ist heute erfolgt.

Zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ist der Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dr. Solf berufen worden. Er wird sich aber, wie wir hören, auch in seiner neuen Stellung während der Dauer des Krieges von seinen bisherigen Ressorts nicht trennen, dessen Geschäfte von dem Unterstaatssekretär Dr. Gleim geführt werden sollen.

Der neue Reichskanzler, der im 51. Lebensjahre steht, ist ein Neffe des Großherzogs von Baden und der nächste Anwärter auf den badischen Thron. Als Präsident der ersten badischen Kammer ist er wiederholt durch bemerkenswerte Reden in der Kriegszeit hervorgetreten. Weit bekannt ist er ferner geworden durch seine Tätigkeit in der Fürsorge für die Gefangenen. Seinem tatkräftigen Eingreifen und Vorgehen, das er durch wiederholte Reisen nach Stockholm und der Schweiz betätigt, ist es im wesentlichen zu danken gewesen, daß das Los der deutschen Gefangenen in Ausland gebessert und die Unterbringung von deutschen Internierten in der Schweiz durchgeführt wurde. Das erste große Ziel des neuen Kanzlers ist die Erzielung des Friedens. In einer seiner letzten Reden sagte er:

„Nacht allein kann uns die Stellung in der Welt nicht sichern, die uns nach unserer Auffassung gebührt. Das Schwert kann die moralischen Widerstände nicht niederreißen, die sich gegen uns erhoben haben. Soll die Welt sich mit der Größe unserer Macht versöhnen, so muß sie fühlen, daß hinter unserer Kraft ein Weltgewissen steht.“

Aus volkswirtschaftlichen und kulturellen Gründen forderte er schon im Dezember 1917, in Tagen, die uns das Recht zu starkem Optimismus gaben, das Ende des Krieges. Er braucht jetzt bei der Forderung des Friedens nicht mit klugen Worten eine Schwelung zu verdecken. Sein Friedenswille wird in seinen Kreisen des feindlichen Auslandes, wo noch die Vernunft gilt, gute Aufnahme finden; schon früher hatten seine Worte starken Widerhall gefunden. Aber trotzdem glauben wir nicht an den Frieden. Die Machtpolitiker haben bei unseren Feinden die Herrschaft. Dann wird uns erst recht der neue Kanzler ein guter Führer im Kampfe um unser Recht und unser Leben sein.

Die „Times“ schreiben:

Ganz England verfolgt die Umwandlung der Regierungsfaktoren in Deutschland mit größtem Interesse. Man sei aber der allgemeinen Auffassung, daß das Ende dieses Krieges durch ein verspätetes Einlenken des Feindes kaum noch gependet werden könnte. Nicht die Dinge in Deutschland, sondern die Entwicklung der Schlachten in Frankreich und auf den übrigen Kriegsschauplätzen werden das Schicksal Europas bestimmen.

Die beste Politik.

Am dem Ausfall der neunten Kriegsleihe werden unsere Feinde wie an einem Barometer ablesen, ob wir feststehen oder mürbe werden, ob wir Vertrauen zu unserer Führung haben oder an uns selber zweifeln werden, ob wir auch nach einem vorübergehenden Rückschlag im Felde die Einmütigkeit und Fähigkeit einer großen Nation zeigen oder ob wir mit einem Erlahmen im Schlachtkampf alle Erfolge dieser Kriegsjahre in Frage stellen. Jedes Nachlassen in unserer finanziellen Opferfreudigkeit würde den Feinden eine Breche in unserer moralischen Rüstung veranlassen, und das würde bei ihrem von neuem angesammelten Vernichtungswillen das gefährlichste Friedenshindernis sein, das sich denken ließe. Darum muß die neunte Kriegsleihe zu einer erbarmungslosen Entschlossenheit werden für die wohlbedachte feindliche Propaganda, die auf die deutsche Uneinigkeit oder auf ein Mitterwerden einst überheblicher Stimmungen spekuliert. Einfache Pflichterfüllung ist also im Augenblick die beste Politik. Das ganze Volk muß es wissen, daß es keine wichtigere Unterstützung aller Friedensbestrebungen geben kann als ein Ergebnis der Kriegsleihe, das den Feinden die absolute Unzerstörbarkeit unserer inneren Front zu Gemüte führt. Keine der bisherigen Kriegsleihen hat ein solches moralisches Gewicht gehabt wie diese! Nur der höchste finanzielle Erfolg wird entscheidend dazu beitragen, das Tor zum Weltfrieden aufzustoßen.

Professor Hermann Duden.

Noch immer donnern die Kanonen,
Noch immer tobt der wilde Streit;
Du kannst zu Hause ruhig wohnen,
Der Feind nahm Dir nicht haarsbreit.
Die Andern, die im Feuer stehen,
Im Kampfe draußen, fürchterlich,
Sie halten aus, die Treuen, Jähnen,
Und geben alles hin für Dich.
Greißl heul auf's neue in den Sädel,
Es muß auch diesmal wieder sein —
Man zeichnet überall im Reiche
Die Kriegsleihe Nummer Neun.

Locales und Provinzielles.

Schierstein, den 5. Oktober 1918.

Erlaß des Staatssekretärs des Kriegs- ernährungsamts.

Der Staatssekretär des Kriegs-ernährungsamts hat unter dem 25. September an sämtliche ihm unterstellten Kriegsstellen und Kriegsgesellschaften nachstehenden Erlaß gerichtet:

Die dem deutschen Volke durch den Krieg aufgedrungene zwangsläufige Ernährungswirtschaft mit ihren scharfen Eingriffen in das Recht jedes einzelnen wird, je länger sie dauert, um so mehr als drückende Last empfunden. Es ist deshalb vornehmste Pflicht aller mit der Ernährungswirtschaft betrauten Stellen, diese Last möglichst erträglich zu gestalten.

Erforderlich ist insbesondere hilfsbereites und verständnisvolles Entgegenkommen im mündlichen und schriftlichen Verkehr.

Die Fülle der Verordnungen und die große Zahl der im Kriege entstandenen Dienststellen macht es für die Bevölkerung besonders schwierig, sich der Kriegsgesetzgebung anzupassen. Es ist daher Pflicht der an der Durchführung der Verordnungen mitwirkenden Beamten und Angestellten, an sie herantretenden Wünschen nach Auskunft über Inhalt und Sinn der Vorschriften hilfsbereit zu entsprechen. Gesuchsteller, welche nicht den richtigen Weg für die Erledigung ihrer mündlichen Anträge gefunden haben, dürfen nicht abgewiesen werden, sondern sind über die zuständige Stelle aufzuklären. Unrichtig adressierte Anträge sind nicht zurückzugeben, sondern unter Benachrichtigung des Einsenders an die richtige Stelle weiterzuleiten.

Wird den Wünschen der Bevölkerung nach Rat und Auskunft mehr wie bisher Rechnung getragen, so wird dadurch das Vertrauen in die Kriegsgesetzgebung gestärkt und es wird damit auch den Behörden die Durchführung ihrer schwierigen Aufgabe erleichtert werden.

Dankbar erkenne ich die hingebende und treue Mitarbeit der mir nachgeordneten Kriegsstellen und Kriegsgesellschaften an. Ich vertraue aber auch, daß sie bei Erfüllung ihrer Aufgaben dauernd bemüht sein werden, zur Aufrechterhaltung einer opferwilligen und zum standhaften Durchhalten entschlossenen Stimmung in der Bevölkerung beizutragen.

Den Beamten und Angestellten erlaube ich, von dem Inhalt dieses Erlasses Kenntnis zu geben.

gez. von Waldow.

Mehr Mut! Die letzten politischen Vorgänge sind bedauerlicherweise geeignet gewesen, eine gewisse Mutlosigkeit zumindest bei solchen Naturen zu erwecken, die allzuleicht geneigt sind, einer vorübergehenden Wismutung einen gar zu weit gehenden Einfluss auf ihr Denken und Fühlen einzuräumen. Die Vorgänge im Westen, das Festschlagen von Burians Friedensangebot, Bulgariens übereilter und unüberlegter Schritt, die innerparlamentarischen Krisen, alles das sind zweifellos Geschehnisse, die ein gewisses Maß von starken Nerven verlangen, um sie in richtiger Beleuchtung zu sehen und ihre Bedeutung nicht zu überschätzen. Aber eben diese starken Nerven soll und muß jeder Deutsche haben. Denn sie sind das einzige, was imstande ist, uns ungefährdet auch über eine gelegentlich weniger rosige Lage hinwegzuhelfen. Ein Kleinmut und Verzweiflung betäubt man große Ereignisse nicht. Mehr Mut! Möchten wir deshalb jedem Deutschen zurufen. Mut und Vertrauen vermögen Wunder zu wirken. Die Geschichte unserer Befreiungskriege ist ein leuchtendes Beispiel dafür, was Mut und Entschlossenheit aus einem Volke herauszuholen vermögen. Und die politische Lage für uns ist heute eine bei weitem nicht so gefährliche als damals. Es bedarf lediglich des Zusammenfassens aller Nerven, um alles zum guten Ende zu führen, und deshalb nochmals: Mehr Mut!

• Wein als Gegenstand des täglichen Bedarfs. Die Inhaberin einer Weinstube in E. ist vom Landgericht am 5. April wegen übermäßiger Preissteigerung zu einer Geldstrafe von 400 Mk. verurteilt worden; außerdem sind die beschlagnahmten Weine eingezogen worden. Polizeibeamte hatten die im Lokal der Angeklagten ausliegenden Weinkarten geprüft und fanden die Preise mancher Weine ziemlich hoch. Sie ließen sich dann die Rechnungen vorlegen, die die Angeklagte beim Bezug der Weine bezahlt hatte, und stellten fest, daß der Gewinn, den sie zu erzielen suchte, übermäßig sei. Das Gericht war derselben Meinung und verurteilte die Angeklagte, weil es davon ausging, daß stille Weine, um die es sich hier handelte, zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs zu rechnen sind, während Sekt nach der geltenden Rechtsprechung nicht darunter fällt. Ein Gewinn von durchschnittlich 100% beim Verkauf wird für zulässig erachtet, die Angeklagte hat aber diesen Satz erheblich überschritten. Das Fördern eines übermäßigen Preises werde darin erblickt,

daß die Angeklagte die Weinkarte jedem eintretenden Gaste vorlegte. Die Revision der Angeklagten, die behauptete, in dem Vorlegen der Weinkarte könne noch kein Fördern im Sinne des Gesetzes erblickt werden, wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

• Berichtigung. In dem Namensverzeichnis über das am letzten Sonntag stattgefundene Preiswettturnen sind einige Namen unrichtig angegeben worden. In der Unterstufe muß es heißen bei Sieger 1 Hans Schlörb, bei 10 Anton Frankendach, bei 21 Johann Gumbel.

△ Woher die hohen Papierpreise kommen! Aus Halle wird gemeldet: Ammendorfer Papierfabrik Aktien-Gesellschaft: Dividendenvorschlag 86 Prozent und 500 Mk. Sonderausstattung für die Aktie in Kriegsleihe. Das sind also 860 Mark Gewinnanteil auf eine 1000 Mark-Aktie.

△ Keine Reisen zu deutschen Kriegsgräbern in Desterreich-Ungarn. Die Schwierigkeiten der Reisen zum Besuche deutscher Kriegsgräber in Desterreich-Ungarn und den von Desterreich-Ungarn besetzten Teilen Polens und Serbiens werden in der Regel unterschätzt. Deshalb wird darauf aufmerksam gemacht, daß zur Unterstützung der R. u. K. Militärbehörden in der Fürsorge für die deutschen Kriegsgräber deutsche Offiziere kommandiert sind, die alles bestens besorgen, besser, als es den Angehörigen möglich sein würde. Dringend empfohlen wird, vor Antritt einer solchen Reise, wenn man sie absolut trotz der so sehr großen Schwierigkeiten aus besonderen Gründen glaubt unternehmen zu müssen, mit ihnen wegen der Lage des Grabes, des Reiseweges und der Unterkunft Verbindung zu nehmen und erst nach Klärung aller dieser Fragen die Reisepapiere (polizeilicher Reisepaß mit Bismarck und Kaiser- und Königlich ungarischen Konsulatsbehörden) zu besorgen.

Abendbericht.

Berlin, 4. Okt. (W. B. Uml.) Seftige Angriffe des Feindes heiderseits von Roelare, nördlich von St. Quentin, am Chemin des Dames und in der Champagne wurden abgewiesen. Zwischen den Argonnen und der Maas sind erneute Durchbruchversuche der Amerikaner gescheitert.

Nicht sorgen und quälen,
Nicht die Feinde zählen —
Tu entschlossen still,
Was die Stunde will!
Zeichne die Neunte!

Aus aller Welt.

• Die Cholera in Berlin. Von 15 Erkrankten sind bis jetzt 10 gestorben. Alle Erkrankten hatten von einer Hofschlächtere in der Lindenstraße Fleisch bezogen. Ein Gefelle dieser Hofschlächtere war der Bazillenträger. Dieser Mann ist im Krankenhaus in Gewahrsam, so daß eine weitere Verbreitung der Bazillen durch ihn ausgeschlossen ist. Da alle Verdächtigen in ärztlicher Behandlung stehen, so ist jede Gefahr einer Epidemie ausgeschlossen, um so mehr, als solche nur eintreten kann, wenn die öffentlichen Abflüsse Bazillen führen. Die Einführung der Seuche ist wahrscheinlich durch russische Rückwanderer erfolgt.

• Drei Brüder vermisst. Seit 27. September werden in Leipzig drei Brüder im Alter von 15, 13½ und 12½ Jahren vermisst. Sollten sie sich kein Geld angestehen haben, so wird vermutet, daß dieselben unter Angabe von nicht wahren Tatsachen auf dem Lande als Hilfsdienstkräfte auf die Dauer der Herbstferien bei einem Landwirte Beschäftigung gesucht haben.

• Selbstmordversuch jugendlicher Epileptiker. In einer Spinnfabrik in Blauen stahlen drei jugendliche Diebe Waren im Werte von 4000 Mark. Einer von ihnen konnte bald festgenommen werden. Die beiden anderen versuchten sich in der Nacht in der Wohnung des einen aus Furcht vor Strafe gemeinschaftlich mit Gas zu vergiften. Durch einen Zufall wurde ihr Vorhaben aber vereitelt. Die beiden bereits bewußtlosen Juchsen wurden unter Anwendung eines Sauerstoffapparates wieder ins Leben zurückgerufen.

• Kupferablieferung am kaiserlichen Hofe. Die von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind von den Schlößern und Privatbesitzungen des Königs von Sachsen bereits 22 000 Kilogramm Kupfer, Messing, Bronze und Zinn zur Ablieferung gelangt. Unter diesem Metall befindet sich nicht nur Kupfer von den Gebäuden (Dacheindeckungen, Blitzableitungen usw.), sondern auch ein großer Teil an Küchengeräten und sonstigen Einrichtungsgegenständen aus den königlichen Schlössern. Außerdem schweben noch Verhandlungen mit der Heeresverwaltung über weitere Abnahme und Ablieferung von rund 10 000 Kilogramm Kupfer vom Dresdener Residenzschloß.

• Der Epileptiker mit Chloroform. In einem Zimmer der Bürgerwehr in Bosanowo waren 10 Soldaten einquartiert. Dieselben wurden kürzlich nachts, als alle schliefen, allem Anschein nach mit Chloroform betäubt und dann sämtlichen Privatfachen, wie Uhren, Uhrketten, Portemonnaies usw., die Brustbeutel wurden abgeschnitten, beraubt. Der Dieb wurde in der Person eines jungen Soldaten gefaßt.

• Kurzer Prozeß. In Posen macht man neuerdings mit nächtlichen unerbetenen Besuchern kurzen Prozeß. Nachdem man vor einigen Tagen einen Pferdedieb rechtzeitig verurteilt hatte, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird, wurde in einer der letzten Nächte ein fahnenflüchtiger, bekannter Einbrecher namens Griska beim Einbruch in die Talgschmelze ertappt.

Die Sprache wiedererlangt hat ein Einwohner von M. Wabach, der vor zweieinhalb Jahren im Kriege verführt wurde und seitdem nur schwer verständlich sprechen konnte, wie ein an hochgradiger Geisteskrankheit Leidender. Er hatte kürzlich gegen Morgen einen schreckhaften Traum, aus dem er mit voller klarer Stimme erwachte.

Choleraerkrankung durch Lebensmittel? Zu dem Auftreten von Fällen asiatischer Cholera in Berlin ist mitzuteilen, daß weitere Erkrankungen bisher nicht zu verzeichnen sind. Bei den sieben Fällen handelte es sich um sechs Erwachsene und ein Kind, von denen das letztere gerettet werden dürfte. Die betroffenen fünf Haushaltungen liegen in Straßen nördlich und östlich des Alexanderplatzes. Sämtliche Erkrankungsfälle sind um die gleiche Zeit, am 21. September, erfolgt. Hieraus ergibt sich, daß ein gemeinsamer Infektionsherd vorliegen dürfte, der allerdings noch nicht entdeckt werden konnte. Bei großen Epidemien handelt es sich meist um eine Übertragung der Krankheit durch verunreinigtes Trinkwasser, bei Einzelfällen durch Übertragung durch menschliche Bazillenträger, vielleicht auch um mit Bazillen befallene Lebensmittel. Letzteres dürfte bei den Berliner Erkrankungen der Fall sein. Die Verstorbenen dürften Lebensmittel, die aus mehr oder weniger verunreinigten Gebieten Russlands eingeführt worden sind, erworben und genossen haben.

Unhaltbare Zustände in Travemünde. In der Lübecker Bürgerschaft wurde scharfe Kritik an den diesjährigen Verhältnissen in Travemünde geübt. Es wurde widerspruchlos behauptet, daß den Hotels und Pensionaten größere Zulagen gemacht worden seien, als der übrigen Bevölkerung. In den Hotels habe man auch stets große Fische bekommen, während die Bevölkerung sich mit solchen zufrieden geben mußte, die sonst kein Mensch ißt. Von ärztlicher Seite wurde bemerkt, daß Travemünde kein Kurort sei, sondern ein Vergnügungsort für Kriegsgewinnler und sonstige vermögende Leute. So wie in diesem Sommer könne es dort nicht weiter gehen, der Senat habe dafür zu sorgen. Die Schlemmerei habe dort überhand genommen, und die übrige Bevölkerung müsse darunter leiden. Man solle ein geregeltes Verbot des Besuchs erlassen und nur auf ärztliches Attest den Zutritt gestatten.

Theater-Spielplan.

Königliches Theater in Wiesbaden.

Vom 6. bis 8. Oktober. 1918.

Sonntag, Ab. 3. „Die Walküre“. Anfang 6 Uhr.
Montag, Aufg. Ab. Erstes Gastspiel des Königl. Hofopernsängers Herrn Josef Schwarz von der Königl. Oper in Berlin. „Rigoletto“. Anfang 7 Uhr. „Rigoletto“ Herr Josef Schwarz a. G.
Dienstag, Aufg. Abonnement. Volkspreise III. Volksabend: „Der fiedende Tag“. Anfang 7 Uhr.

Residenztheater in Wiesbaden.

Vom 6. bis 8. Oktober 1918.

Sonntag, nachm. ¼ 4 Uhr: Halbe Preise! „Die Tänzerin“. abends Anfang 7 Uhr: „Wenn im Frühling der Solander“.
Montag, Anfang 7 Uhr: „Der goldene Spiegel“.
Dienstag, Anfang 7 Uhr: „Unter der blühenden Linde“.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Betr. Kartoffelversorgung.

Auf Grund der Verordnung über die Kartoffelversorgung im Wirtschaftsjahr 1918/19 stehen der versorgungsberechtigten Bevölkerung je Kopf und Woche 7 Pfund Kartoffeln zu, deren Beschaffung dem Kommunalverband obliegt. Die Zuteilung der Kartoffeln erfolgt nach Wahl der Bezugsnehmer wöchentlich auf Kartoffelkarten oder durch Einkellerung.

Zur Einkellerung zugelassen werden für die Zeit vom 3. November 1918 bis 20. Juli 1919 = 44 Wochen 3 Str. für jede Person.

Anträge zur Einkellerung werden am Montag, den 7., Dienstag, den 8. und Mittwoch, den 9. ds. Mts., nachmittags von 3—6 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses entgegen genommen.

Gleichzeitig ist daselbst der Betrag für die bestellten Kartoffeln einzuzahlen u. die Kartoffelkartenabschnitte 8, 9 und 10 für die Zeit vom 3.—23. November zurückzugeben. Ein Str. Kartoffeln kostet 8,25 Mark.

Betr. Auszahlung der Quartiergelder.

Die Auszahlung der Quartiergelder für das Bayr. Fuß- u. Art.-Ball. 21 findet am Montag, den 7. Oktober, vormittags von 8—12 Uhr, auf der Gemeindekasse statt. An Kinder unter 14 Jahren und Beauftragte wird das Geld nicht ausgezahlt. Wegen Mangel an Kleingeld wird ersucht, Kleingeld unter einer Mark für evtl. Rückzahlungen mitzubringen.

Gemeindekasse.
Wehnerl.

Betr. Nachlesen von Kartoffeln.

Das Nachlesen (Stoppeln) von Kartoffeln, Obst und dergl. ohne schriftliche Erlaubnis der Grundstücksbesitzer ist strengstens verboten und wird unmissverständlich bestraft.

Schierstein, den 5. Oktober 1918.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Tode unserer lieben Mutter

Frau Katharina Hoben Wwe.

sowie für die Kranz- und Blumenspenden sagen hiermit innigsten Dank

Familie Karl Hoben

Familie Joh. Weiss.

Schierstein, den 3. Oktober 1918.

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden sowie bei der Beerdigung unseres lieben unvergesslichen Kindes

Liesel

sagen wir unseren innigsten Dank. Ganz besonders danken wir noch für die vielen Kranz- und Blumenspenden.

Schierstein, den 4. Oktober 1918.

Karl Eisel und Frau.

Schierstein a. Rh.

Große Allgemeine Kaninchen- und Produkten-Ausstellung

in der Turnhalle der Turgemeinde
am Samstag, den 5. und Sonntag, den 6. Oktober d. J.
ca. 500 Nummern und viele Produkte.

Eröffnung: Samstag, den 5. Oktober, nachm. 3 Uhr
durch Herrn Landrat von Heimbürg.

Eintritt:

Samstag 50 Pfg., Sonntag 30 Pfg., dazu 1 Freilos.
Kinder 20 Pfg.

Preis-schießen zu Gunsten der Kriegsfürsorge.

Süßer Traubenmost

Weinhaus Rheinfels.

Ein zuverlässiger

Nachtwächter

sofort gesucht.

Stahlwert Schierstein.

Trauer-Drucksachen

in vornehmer Ausführung, auf Wunsch
in wenigen Stunden, liefert

Buchdruckerei W. Probst.

Selbst a. G. u. a. jedem.
distret. Spez. Möbelfach.
Antr. n. enlg. J. Andrae,
Biebrich, Rathausstr. 11,
S. p. Sp 9—7½, S 9—2.

Kontoristin

auch Anfängerin, gesucht für
Schreibmaschine und Steno-
graphie. Offerten mit Ge-
haltssprüchen und Zeug-
nisabschriften unter S. 5.
210 an die Geschäftsstelle
d. Bla.

Morgen, Sonntag, den
6. Oktober, werden in der
Schule die Sparmarken ein-
getragen.

Spar- u. Darlehnskasse.

Brave, zuverlässige

Frau od. Mädchen

2 mal wöchentlich vormittags
für Hausarbeit gesucht.

Näheres zu erfragen in
der Geschäftsstelle.

Fünf melkende

Ziegen

zu verkaufen.

Karl Kuhn,
Wilhelmstr.

Dürrer Brennholz

abzugeben. Zu erfragen bei
Neumann, Nassauer Hof.

Ein tüchtiges

Mädchen

für Haushalt und ein

Mädchen

von 14 Jahren zur Aufsicht
eines Kindes gesucht.

Frau Köhler, Tivoli

Ein zuverlässiger

Maschinenschlosser

für sofort gesucht.

Stahlwert Schierstein.

Schicken Sie Bilder ins Feld.

Aufnahmen an trüben Tagen
und abends bei elektrischem Licht.

Photograph Stritter

Biebrich, Rathausstrasse 94.

Sonntag den ganzen Tag geöffnet.

Winterfahrpläne

des Direktionsbezirks Mainz
mit weitester Umgebung, so-
weit Vorrat, hat abzugeben,
das Stück 50 Pfennig.

Schierstein einer Zeitung

Mehrere Fässer

Schweinefutter

hat abzugeben.
Näheres in der Geschäfts-
stelle.

Wein-Etiketten

in feinsten Ausführung nach
vorliegendem Musterbuch
liefert

Druckerei W. Probst

Zirka 80 Aulen schöner
Klee

zu verkaufen.)

Dohheimerstr. 29.

Kirchliche Nachrichten.

Evgl. Kirche.

Erntedankfest 6. Okt. 1918.

9½ Uhr: Festgottesdienst

(Kirchenchor.)

Anschließend Feiern des hl.
Abendmahles mit vorher-
gehender Beichte.

Kinder-gottesdienst fällt aus.
Nachmittags: Missionsfest

in Eilweise 3 Uhr.
8 Uhr abds.: Bibelfunde.

Montag Abend Missions-
verein.

Missionar Schreiber.

Pfarrverweiser.

Schulranzen!

Größte Auswahl.

Billigste Preise

offert als Spezialität

A. Letschert Wiesbaden, Faulbrunnenstrasse 10